

# Investor will von AEG ,verwertbare Reste' kaufen

## Betriebsrat fürchtet weitere Verluste bei Jobs

Beim angeschlagenen Großkonzern AEG droht weiteren Unternehmensteilen mit Tausenden von Arbeitsplätzen der Verkauf. Mit dieser Alarmmeldung überraschte am Donnerstag nachmittag der AEG-Betriebsrat in Frankfurt.

Nach einer Sitzung teilte der Betriebsrat mit, daß „in Absprache mit dem AEG-Vorstand“ eine „soeben abgewanderte Führungskraft“ gemeinsam mit der Investorengruppe CWB „alle verwertbaren Reste der AEG aufkaufen möchte“. Es gehe darum, „zusätzlichen Profit“ zu erzielen. Nach Informationen des Betriebsrats sind vom drohenden Verkauf betroffen: Intermas und Vibrationstechnik (Frankfurt), ASG (Weinheim), EMG (Wenden), LDW (Bremen), Schorch (Mönchengladbach) sowie die Motorenfertigung an diversen Standorten im In- und Ausland. Eine Bestätigung war am Abend von der AEG-Firmenleitung nicht mehr zu erhalten.

Bisher wurde vom Konzern eingeräumt, daß es Verhandlungen über den Verkauf der Energie- und der Automatisierungstechnik mit insgesamt 4000 Arbeitsplätzen gibt. Daraus folgerten Fachleute, daß auch die Hauptverwaltung mit ihren 750 Arbeitsplätzen in Frankfurt nicht mehr gebraucht werde.

Für Dienstag, 31. Oktober, kündigte der

Betriebsrat eine außerordentliche Belegschaftsversammlung an. Sie soll um 9 Uhr in der Kantine der Hauptverwaltung beginnen. Der Betriebsrat erwartete vom Vorstand, „daß er die Belegschaft endlich umfassend informiert und ein Konzept zum Erhalt der Arbeitsplätze vorlegt“. Die Vertreter der Beschäftigten lehnten „den weiteren Ausverkauf des Unternehmens und die akute Gefährdung Tausender zusätzlicher Arbeitsplätze“ ab.

Die Belegschaft fordere, daß sich der AEG-Vorstand „und seine Führungsriege mit aller Kraft — und selbstverständlich ohne persönliche Vorteilnahme“ — für den Erhalt der AEG und deren Arbeitsplätze einsetze.

Die Katholische Arbeitnehmerbewegung (KAB) verlangte in einem offenen Brief von Oberbürgermeisterin Petra Roth (CDU), „um den AEG-Standort Frankfurt zu kämpfen“. Die KAB äußerte sich zugleich befremdet über die Erklärungen des designierten CDU-Wirtschaftsdezernenten Albrecht Glaser, der sich gegenüber einer Zeitung für „Dienstleistung pur“ in Frankfurt ausgesprochen hatte. Für Frankfurt gebe es, so die KAB, „zwei Standbeine“. Sowohl die Dienstleistungsbetriebe wie auch die Produktion prägten das Stadtbild. jg